Nummer 99 — Halle, Donnerstag, den 29. April 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Zeitungsbotenlisten ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Millimeter-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark für Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagsort: Neue Promenade 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale" Bank-Rechnung: Deutsche Bank Filiale Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Beim Reichsministerium des Innern ist gestern der Antrag des Sparerbundes auf Zulassung eines Volksbegehrens für einen Gesetzentwurf über die Ablösung öffentlicher Anleihen, die Umwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen eingegangen. Als Vertrauensmann ist das Mitglied des Reichstags Dr. Best bezeichnet.

In Berlin wohnende Amerikaner veröffentlichen Einsprüche gegen die Entwertung ihrer Vorkriegsguthaben bei den deutschen Banken. Man kann jedenfalls mit der Aufnahme einer intensiven Agitation der in Deutschland wohnenden Staatsangehörigen der Union rechnen, die sich mit den bereits aus Washington gemeldeten Bestrebungen des Senators Johnsons hinsichtlich der beschlagnahmten deutschen Vermögen decken.

*

Der Reichswirtschaftsminister kündigte in einer Rede auf dem deutschen Industrie- und Handelstag in Berlin eine Verordnung über Außerkraftsetzung des Deviseneinheitskurses und des Verbots des Börsenterminhandels an.

*

Die preußische Staatsregierung hat zur Linderung der Not der Winzer in der Rheinprovinz und im Regierungsbezirk Wiesbaden dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz zwei Millionen Reichsmark zugunsten der notleidenden Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

*

Die Demokraten beabsichtigen, im Reichstag bei der Beratung des sozialdemokratisch-kommunistischen Fürstenenteignungsgesetzes einen Zusatzantrag einzubringen, wonach die Länder verpflichtet werden sollen, den Fürsten eine Entschädigung zum angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren. Als Begründung für diesen Antrag wird in demokratischen Kreisen angegeben, daß der Kompromißentwurf der Regierungsparteien nur noch geringe Aussichten auf ein Zustandekommen hat.

*

Wie verlautet, beabsichtigt die Zentrumspartei, den Reichskanzler a. D. und jetzigen Reichsjustizminister Dr. Marx an Stelle des verstorbenen Fehrenbach zum Fraktionsvorsitzenden zu wählen und den Abg. Oberstaatsanwalt Schulte (Breslau), als Reichsjustizminister vorzuschlagen.

*

Das Reichskabinett hat sich, wie allgemein erwartet wurde, entschlossen, den Russenvertrag dem Reichstag zu unterbreiten.

*

Heute findet in Paris eine neue Sitzung der Luftfahrtsachverständigen statt. Am gleichen Tage werden in Rom die Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen. Eine offizielle Aussage, betreffend der Verhandlungen mit Polen, ist aus Warschau noch nicht eingegangen.

*

Das Pariser Journal meldet: Der französische Senat hat der Vertagung der Beratung des Locarnovertrags im Senat um zwei Monate zugestimmt.

*

Der französische Senat hat das Budget für 1926 mit gewissen Abänderungen mit 274 gegen 7 Stimmen angenommen. Der engere Vorstand der französischen radikalen Partei nahm einstimmig eine Entschließung an, in der Herriot ersucht wird, die Kammerpräsidentschaft, wie auch die Präsidentschaft der radikalen Partei zu behalten.

*

Der Mailänder Secolo meldet aus Smyrna: Hier ist es zu neuen Ausschreitungen gegen Italiener gekommen. Italien muß doch einen Vorwand zu dem Eroberungskrieg gegen die Türkei haben, also werden nach bewährten Mustern Ausschreitungen und Greueltaten erfunden.

*

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Kairo: Aegyptische Studenten drangen in das englische Konsulat in Alexandria. Es kam zu einem Handgemenge, wobei zwei Aegypter schwer verletzt wurden. Die englandfeindliche Hetze der Nationalisten zwingt Großbritannien zur Verstärkung seiner Machtmittel in Aegypten und auf dem Wege nach dem Sudan.

*

Aus der Hauptstadt Japans, Tokio, wird berichtet, daß die Russen 27 an der russisch-chinesischen Grenze festgenommene, des Schmuggels angeklagte Koreaner hingerichtet hätten. Das japanische Außenministerium stelle eine Untersuchung an, um gegebenenfalls bei der Sowjetregierung zu protestieren. (Korea ist von Japan annektiert, daher das Eintreten der Japaner für die Koreaner.)

Auslandsstimmen zum Berliner Vertrag.

Der Pariser offiziöse Temps meldet, die französische Regierung wird auf die mitgeteilte Inhaltsangabe des Russenvertrags durch die deutsche Regierung keine gesonderte Antwort an Deutschland geben. Sie nimmt den Vertrag ohne Gegenäußerung als gegebene Tatsache hin.

Der Baseler Anzeiger meldet aus Paris: In der Pariser Presse dauert das Unbehagen über den Vertrag an und auch die Enttäuschung, daß er inhaltlich keine Angriffsflächen gegen Deutschland bietet. In gezwungen höflicher Weise schreibt das Echo de Paris, das letzte Wort über den deutsch-russischen Vertrag könne zweifellos nur der Völkerbund sprechen, dem der Vertrag vorgelegt werden müßte.

Der Washingtoner Korrespondent der Londoner Times meldet über die Aufnahme des deutsch-russischen Vertrages im Weißen Hause: Der Vertrag wird inhaltlich für die Vereinigten Staaten ohne wesentliches Interesse angesehen, aber die Tatsache des Vertrags verstimmt, da nach Auffassung der Union Sowjetrußland solange außerhalb internationaler Verträge stehen sollte, als die Vergewaltigung eines 120 Millionen Volkes durch eine Minderheit andauert.

Die „Londoner Daily News" schreibt zum deutsch-russischen Vertrag: Der Vertrag bringt Deutschland ebensowenig Vorteile, wie der Vertrag von Rapallo. Er verstärkt aber in England den Wunsch nach noch engerer Verbindung und Freundschaft Großbritanniens mit Frankreich. Das wird der einzige Effekt des mit so viel Pomp angekündigten Ostvertrags Deutschlands sein.

Alkoholmißbrauch und Gemeindebestimmungsrecht.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit dem kommenden Reichsgesetz gegen Alkoholmißbrauch und mit der Stellung des Reichstages zum Gemeindebestimmungsrecht. Abg. Sollmann (Soz.) wandte sich gegen die Agitation des Ausschusses gegen das Gemeindebestimmungsrecht und bestritt, daß mit diesem Recht

eine Trockenlegung Deutschlands

beabsichtigt sei. Der Alkoholverbrauch sei keineswegs im Sinken begriffen, der Bier- und Schnapskonsum in Deutschland sei vielmehr stark im Anstiegen und die Zeit nicht mehr fern, in der der Alkoholverbrauch der Vorkriegszeit wieder erreicht werde. Die Einwirkungen des Alkoholverbrauchs für ein durch Krieg und seine Folgen geschwächtes Volk seien verhängnisvoller als für ein gesundes, wirtschaftlich hochstehendes Volk. Auch das Wachsen der Zahl der kranken Trinker in den Irren- und Krankenhäusern sei ein Beweis für die zunehmende Alkoholnot. Die Entscheidung müsse in die Gemeinden gelegt werden, in dem Schankstättengesetz müsse das Gemeindebestimmungsrecht vorgesehen werden. Der Redner legte einen von ihm ausgearbeiteten Entwurf vor. — Abg. Schultz-Bromberg (Dn.) erklärte, daß seine Fraktion verschärfte Maßnahmen zum Schutz der Jugendlichen und eine wirksame Reform des Konzessionswesens verlange, aber einmütig die Trockenlegung Deutschlands ablehne. Ueber das Gemeindebestimmungsrecht seien die Ansichten der Fraktion geteilt. Der Redner sprach für die Mehrheit der Fraktion dagegen aus. Abg. D. Mumm (Dn.) befürwortete dagegen namens der Minderheit die Einführung des Gemeindebestimmungsrechts. Abg. Andre (Z.) erkannte die volksbildende und nützliche Arbeit der deutschen Nüchternheitsbewegung an. Heute lebten aber die breiten Arbeiterschichten solider als früher. Das

„blauen Montag-machen"

habe gänzlich aufgehört. Das Zentrum sei gewillt, die schweren Mißstände auf dem Gebiet des Schankstättenwesens und des Alkoholmißbrauchs durch gesetzgeberische Maßnahmen zu beseitigen. Das Gemeindebestimmungsrecht lehne aber die überwiegende Mehrheit der Fraktion als ein untaugliches Mittel zur Verbesserung der Verhältnisse ab. Das Gemeidebestimmungsrecht ohne Trockenlegung sei bedeutungslos. Die Trockenlegung aber beseitige den Schutz der öffentlichen Lokale und schaffe heimliche Trinkstätten, durch die die Volksgesundheit und Volkssittlichkeit erst recht gefährdet erscheinen. — Abg. Budnick (Dn.) stellte sich auf den Standpunkt des Zentrumsredners, ebenso Abg. Nolte (Wirtschaftspartei). — Abg. Rauch (Bayr. Vp.) erklärte, daß seine Fraktion grundsätzlich gegen Zwangsbestimmungen sei. Nach seinen eigenen Beobachtungen teilte der Redner mit, daß in Amerika durch die Trockenlegung

ein wahrer Sumpf von Korruption

geschaffen worden sei. Wir dürften in Deutschland keine weiteren Gesetze machen, von denen man wisse, daß sie von einem großen Teil des Volkes nicht gehalten würden. Das zerstöre die Autorität der Gesetzgebung. — Abg. Dr. Moses (Soz.) führte aus, der Ruf „Nieder mit dem Gemeindebestimmungsrecht!" genüge nicht, sondern es müsse etwas Besseres an dessen Stelle vorgeschlagen werden. Der Alkoholismus sei ein Hauptträger und Förderer verschiedener Krankheiten. — Abg. Dr. Bickes erklärte, daß die Deutsche Volkspartei gegen das Gemeindebestimmungsrecht sei. In Amerika hätten nach amtlichen Berichten die Todesfälle durch Alkoholvergiftung seit der Trockenlegung erheblich zugenommen. — Abg. Frau Arendsee (Komm.) sprach sich namens ihrer Fraktion für die Einführung des Gemeindebestimmungsrechts aus. — Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt.

Leichtes Sinken der Erwerbslosenzahl.

Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge ist von 1 942 000 am 1. April auf 1 884 000 am 15. April, d. h. um 3 Proz., zurückgegangen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 623 000 auf 1 561 000 verringert, während die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger weiterhin eine geringe Zunahme und zwar von 319 000 auf 323 000 zeigt. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützte Familienangehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 2 091 000 auf 1 977 000 zurückgegangen.

Zu beachten ist dabei, daß in der ersten Hälfte die durch Rundschreiben des Reichsarbeitsministers vom 30. März eingeführte Verringerung der Unterstützungsdauer und die Wiedereinbeziehung der Ausgesteuerten in die Erwerbslosenfürsorge wirksam geworden sind, was natürlich den ziffernmäßigen Rückgang in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat abschwächen müssen. Seit dem Höchststande der Erwerbslosigkeit am 15. Februar ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger überhaupt von 2 056 000 auf 1 884 000 zurückgegangen, die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein von 1 778 000 auf 1 561 000, während sich die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 285 000 auf 323 000 erhöht hat, ist die Zahl der Zuschlagsempfänger im gleichen Zeitraume von 2 361 000 auf 1 978 000 zurückgegangen.

Der Rückgang ist nur in wenigen Fällen auf eine Besserung der Industriebeschäftigung und im Wesentlichen auf die Arbeiteraufnahme der Landwirtschaft zurückzuführen.

Der „Besoldungssperrvertrag".

Erregung in der Beamtenschaft.

Aus dem Preußischen Landtag hören wir: Durch die Beamtenpresse ist ein Schreiben des Reichsfinanzministers mit einem Vertragsentwurf über einen Besoldungssperrvertrag sowie die Antwort des preuß. Finanzministers gegangen, der eine einseitige Festlegung ablehnt. Diese Veröffentlichungen haben in der Beamtenschaft Erregung hervorgerufen. Nachdem das Sperrgesetz endlich abgelaufen ist, sollte man nach Ansicht bestimmter parlamentarischer Kreise nicht den Versuch unternehmen, es auf dem Umwege eines Vertrages wieder einzuführen. Hinzu kommt, daß ein solcher Vertrag keinerlei rechtsverbindliche Kraft haben würde und daher praktisch keine große Bedeutung hätte. Es sei auch kaum anzunehmen, daß die Parlamente sich mit einem solchen Vertrage abfinden würden. Wie man amtlich verlautet, ist auch das preußische Staatsministerium nicht bereit, den ihm vom Reichsfinanzministerium unterbreiteten Vertragsentwurf anzuerkennen und derartige ins einzelne gehende Verpflichtungen einzugehen.

Vorläufig keine Besoldungsreform.

Im Beamtenausschuß des Preußischen Landtag beantwortete Ministerialrat König eine Frage nach dem Stande der Vorarbeiten für eine neue Besoldungsregelung mit der Erklärung, daß im Herbst allerdings durch die Mitteilung der Staatsregierung, daß man im Frühjahr an die Aufrollung der Besoldungsfrage herangehen wolle, gewisse Hoffnungen erweckt worden seien. Man habe auch damals an dem Entwurf zu einer neuen Besoldungsordnung sowohl im preußischen Finanzministerium wie auch im Reichsfinanzministerium gearbeitet und sich sehr eingehend mit den einschlägigen Fragen befaßt.

Infolge der Aenderung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland seien aber dann die Arbeiten ganz eingestellt worden, und im Augenblick könne man an eine Neuordnung der Besoldungsregelung nicht herangehen.

Eine Reform sei aber erwünscht, sobald die hierzu erforderlichen Mittel verfügbar gemacht werden könnten. Nachdem das Reich den Grundsatz durchbrochen habe, in diesem Jahre keine neuen Stellen und keine Höherstufungen vorzunehmen, werde Preußen hieraus die notwendigen Folgerungen für die preußischen Beamten ziehen. Die Vorarbeiten hierzu seien im Gange.

Der Ausschuß stimmte einem deutschnationalen Antrag zu, nach dem die vorliegenden Anträge auf Neuregelung der Besoldungsordnung auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Beamtenausschusses gestellt werden sollen. Von dem Ergebnis dieser Beratung soll dann die Behandlung der vorliegenden Einzelpetitionen in bezug auf Besoldungs- und Einstufungsfragen abhängig gemacht werden.

In der Debatte wurde der „Besatzungsvertrag" zwischen Reich und Ländern zwecks freiwilliger Einrichtung einer Besoldungssperre lebhaft kritisiert und von den Vertretern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten mißbilligt. Es kam der Wunsch zum Ausdruck, daß man sich über diesen Sperrvertrag, der ohne Befragung des Parlaments zustande gekommen sei, im Hauptausschuß noch unterhalten müsse.

Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Der Reichstag nahm in seiner gestrigen ersten Sitzung nach den Osterferien die erste Beratung des Arbeitsgerichtsgesetzes vor. Reichsarbeitsminister Brauns rühmte unter allgemeinem Beifall die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und betonte, das vorliegende Gesetz wolle die Vorzüge dieser Arbeitsgerichtsbarkeit sämtlichen Arbeitnehmern zugute kommen lassen und den Aufgabenkreis erweitern im Sinne einer Rechtsprechung auch in kollektiven Arbeitsstreitigkeiten. Die Arbeitsgerichte lehnen sich zwar an die ordentlichen Gerichte verwaltungsmäßig an, sind aber selbständige Gerichte unter dem Vorsitz von Berufsrichtern mit Beisitzern aus den Kreisen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer.

In der allgemeinen Aussprache wurde die Vorlage von den Rednern aller Parteien als ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur Schaffung eines einheitlichen deutschen Arbeitsrechts begrüßt. Nur der kommunistische Redner erblickte auch in diesem Gesetz die Absicht einer verstärkten Unterdrückung der Arbeiter.

Die Meinungsverschiedenheiten der Redner bezogen sich im wesentlichen auf die Frage, ob die Arbeitsgerichte den ordentlichen Gerichten eng angegliedert oder ob sie selbständig sein sollen. Die Redner der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wollten die engste Verbindung mit den ordentlichen Gerichten, während von links die Selbständigkeit der Arbeitsgerichte im Sinne der Vorlage verlangt wurde. Der sozialdemokratische Redner wandte sich auch gegen die Bestimmung, daß die Vorsitzenden Berufsrichter sein müßten. Der Gesetzentwurf wurde schließlich dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Die Betriebsratswahlen in der Reichshauptstadt sind abgeschlossen. Das bisherige Ergebnis erfährt wenige Korrekturen. 60 Prozent der Wahlberechtigten haben sich an den Wahlen in den Betrieben überhaupt nicht beteiligt.

*

Aus London wird gemeldet: Ein Ausschuß der 17 Maschinenfabrikarbeiterverbände vertritt, hat beschlossen, eine Abstimmung über einen Streik zur Durchsetzung der Forderung nach Erhöhung der Wochenlöhne um 20 Schilling zu veranstalten. Die Abstimmung muß bis zum 31. Mai beendet sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260429017/fragment/page=0001

Der Russenvertrag. Ein Bund mit dem Schicksal.

„Doch mit des Geschickes Mächten
Ist kein ewiger Bund zu flechten
Und das Ungluck schreitet schnell."

Sämtliche Parteien des Reichstages haben sich im Auswärtigen Ausschuß für den Vertrag erklärt; auch die Presse nimmt — bisher — fast einstimmig für ihn Stellung. Also muß er wohl sehr klug und sehr vorteilhaft sein. Aber sieht in Wirklichkeit die Sache nicht folgendermaßen aus?:

Frankreich hat die unausloschliche Angst des bösen Gewissens vor Deutschlands Revanchekrieg; seine ganzen Rüstungen, die Besetzungen des Rhein- und Saarlandes, die Militärverträge mit den Polen, Tschechen usw. entspringen dieser einen großen Furcht; aus ihr allein ist Frankreichs Zustimmung zum Locarnovertrag und die — scheinbare — Zustimmung zu Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu erklären. Da schließt jetzt plöslich in dem Augenblick, wo durch das Scheitern der Genfer Verhandlungen der deutsche Völkerbundseintritt und Locarno, diese zwei neuen „Sicherheiten" für Frankreich, außerordentlich zweifelhaft geworden sind, Deutschland einen Vertrag, durch den eine freundschaftliche Verständigung zwischen den etwa 140 Millionen Russen und den über 60 Millionen Deutschen herbeigeführt werden und also ein Block von 200 Millionen Menschen entstehen soll, dem Frankreich nur 35 Millionen Franzosen gegenüberstellen kann.

Jeder Franzose wird sich sagen:

„Dieser Vertrag ist zwar äußerlich und vielleicht sogar nach heutiger Absicht der Deutschen durchaus friedlich gemeint. Aber es ist doch völlig undenkbar, daß das uns an Bevölkerungszahl und Kraft doppelt überlegene deutsche Volk auf all das, was wir ihm im Versailler Vertrag genommen haben, für die Dauer freiwillig verzichtet. Wirkt sich also der deutsch-russische Vertrag tatsächlich so, wie er es beabsichtigt, zu einer engen Freundschaft der beiden größten Völker Europas aus, so wird unvermeidlich der Augenblick kommen, wo Deutschland, gestützt auf den russischen Koloß, im Guten oder Bösen eine Revision des Versailler Vertrages und vielleicht noch Schlimmeres von uns erzwingt. Nicht nur die Früchte unseres Sieges, sondern die Sicherheit und vielleicht Existenz Frankreichs sind also durch diesen Vertrag, der nur für den Augenblick harmlos scheint, gefährdet. Wir erinnern uns nur zu gut an die Zeiten Blüchers, des „Marschall Vorwärts", als Rußland und Großdeutschland vereint den großen Napoleon vernichteten."

Die ganz selbstverständliche Folgerung aus dem Vertrage muß daher für jeden Franzosen sein, daß er sich nach einem Gegengewicht, nach einer Gegensicherung umsieht. Er muß deshalb zunächst seine Beziehungen zu seinen Vasallenstaaten noch enger gestalten, was ihm um so leichter gelingen wird, als alle diese Vasallenstaaten, sei es Polen oder Rumänien oder Serbien oder die Tschechoslowakei, den deutsch-russischen Vertrag aus ganz den gleichen Gründen wie Frankreich als eine furchtbare Gefahr für ihre Existenz empfinden müssen; haben sie doch alle entweder Rußland oder Deutschland gegenüber das denkbar schlechteste Gewissen. So ist also die erste notwendige Folge des Vertrages

eine Verschärfung der Deutschenangst und Deutschfeindschaft

in Polen und im Balkan sowie in Frankreich und ein noch engerer gegenseitiger Zusammenschluß all dieser Länder gegen uns. Aber diese kleinen Staaten sind für Frankreich natürlich kein irgendwie ausreichendes Gegengewicht gegen den deutsch-russischen Kolossalblock. Also muß Frankreich anderweit Anschluß nehmen. Da Italien weder stark genug ist noch auch nur zuverlässig einverstanden sein würde, bleibt den Franzosen nur eine einzige Möglichkeit:

Engster Anschluß an England

Dieser Anschluß, ein klares Bündnis mit England, war ja schon seit dem Waffenstillstand Frankreichs ernstestes Bestreben, als an einen deutsch-russischen Block noch gar nicht zu denken war. Wieviel mehr erst jetzt! Damals und bis heute lehnte England das Bündnis ab, und um die Franzosen durch die Ablehnung nicht zu einem Bündnis mit Italien und Rußland oder mit Deutschland oder gar zu einem ganzen Kontinentalblock zu treiben, setzte Englands Locarnopolitik ein, die unter dem Mantel der Befriedung Europas und der Aussöhnung der Kriegsgegnerstaate das klare Doppelziel hatte: 1. jede gegen England gerichtete Bündnispolitik sowohl Frankreichs, wie Italiens, wie Deutschlands zu verhindern und durch eine Vereinbarung zu ersetzen, die den Engländern die Führung und Vormundschaft über die Außenpolitik aller dieser Staaten gibt, und 2. das so unter Englands Führung zusammengeschlossene Europa als Gegengewicht und notfalls als Kampftruppe gegen Englands größten und gefährlichsten Feind Rußland zu verwenden. (Dieser zweite Zweck der englischen Locarnopolitik ist also nur die englische Neuauflage der napoleonischen Vereinigung des ganzen Kontinents gegen Rußland im Jahre 1812).

*

Wird England auf das Bündnisverlangen Frankreichs jetzt endlich eingehen?

Auf diese Frage hat Englands Außenminister in der gestern gemeldeten Rede in der Londoner englisch-französischen Gesellschaft bereits mit einem deutlichen Ja geantwortet. Die Gründe zu einem — einem Abschwenken von der Locarnopolitik und Rückschwenken in die Kriegsentente nahekommenden — Ja sind ohne weiteres ersichtlich: Zunächst vereitelt der deutsch-russische Vertrag das obengenannte zweite englische Locarnoziel eines von England geführten Europablocks gegen Rußland; denn ein solcher Block ohne Deutschland ist eine hohle Nuß, da die Hauptsache, der Kern, das Kernstück Deutschland fehlt; wie sollte man sich eine Aktion Europas gegen Rußland ohne Deutschland praktisch vorstellen? Man hätte weder genügend Truppen, noch genügend Verpflegungs- und sonstige Zufuhrmöglichkeiten, man wäre geradezu auf einen bloßen Seeangriff oder kleine Landangriffe à la Wrangel von Südwesten her angewiesen, die sich in dem Riesenreich Rußland sehr schnell totlaufen würden.

Also das eine Locarnoziel Englands ist durch den deutsch-russischen Vertrag ganz oder doch nahezu vereitelt. Aber auch das erste Ziel muß nun eine wesentliche Aenderung erfahren, da Deutschlands Stellung eine ganz andere geworden ist: aus einem Gefolgsmann Englands ist es eine künftige Gefahr geworden. So wenigstens wird der Vertrag von den Engländern angesehen.

Sie sagen:

„Deutschland und Rußland vereint bedeuten das Ende Polens und der russischen Randstaaten, bedeuten einen riesigen Wirtschaftsblock vom Rhein bis nach China hinüber, der im wesentlichen Selbstversorger ist und die anderen Industriestaaten von dem großen Zukunftsgeschäft mit Rußland ausschließt, und bedeuten unvermeidlich ein Wiederaufleben der deutschen Bagdadbahnpolitik und der russischen Dardanellenpolitik, d. h. eine Bedrohung der Mittelmeerherrschaft Englands und seines Kronjuwels Indien. Ob das heute schon beabsichtigt ist, spielt keine Rolle, es entwickelt sich zwangsläufig, wenn es nicht rechtzeitig verhindert wird."

Wie aber soll England für sich allein diese Entwickelung verhindern, der sich möglicherweise auch Italien anschließen könnte? England allein ist dazu außerstande. Es muß, ob es will oder nicht, mit der einzigen verbleibenden Großmacht Europas zusammengehen: mit Frankreich. Tut es das nicht, so droht ein Weitergreifen des deutsch-russischen Blocks auf Frankreich — sei es im Guten oder mit Gewalt — also der für England tötliche europäische Kontinentalblock Napoleons I. Gelingt aber ein neues Zusammengehen Englands mit Frankreich, so kann ev. auch Italien mit hinübergezogen oder hinübergezwungen werden zu England.

*

Die natürliche Folge des deutsch-russischen Vertrages ist also aus der englisch-französischen Interessengemeinschaft an einer beiderseitigen Verständigung ein ganz enges Bündnis entsprechend dem Vorkriegsbündnis und nach Möglichkeit eine Ausdehnung dieses Bundes auf Italien

zu der Kriegsentente der Jahre 1915—1918.

Um das Maß vollzumachen, ist als durchaus wahrscheinlich auch Amerikas Beitritt zu dem Bund zu erwarten — also die „große" Entente des Weltkrieges — da Amerika unter englischem Einfluß bisher durchaus sowjetfeindlich war und aus wirtschaftlichen Gründen Gegner des deutsch-russischen Wirtschaftsblockes vom Rhein bis nach Ostasien sein muß. Eine solche Stellungnahme kündigte sich ja ebenfalls bereits in dem gestrigen Stimmungsbericht aus Amerika an, und ist auch durchaus begreiflich.

Mutmaßliches Gesamtergebnis des deutsch-russischen Vertrages ist also das Wiederaufleben der ganzen Kriegsentente gegen Deutschland, nur daß dabei diesmal Rußland auf unserer Seite steht, dafür aber die Völker der einstigen Donaumonarchie, der gesamte Balkan und Polen, ev. auch die Türkei auf der Gegenseite, und daß wir jetzt verarmt und entwaffnet und Rußland verarmt und unzureichend bewaffnet sind.

Ob die Reichsregierung und die den deutsch-russischen Vertrage so freudig zustimmenden Parteien sich wohl klar gemacht haben, daß wir mit diesem Vertrage Deutschlands ganze Zukunft aufs Spiel setzen, daß uns eine neue Weltentente aller finanziell, industriell und militärisch starken Staaten droht?

Wir haben an dieser Stelle immer wieder vor Locarno gewarnt, weil es eine einseitige Bindung an den Westen ohne irgendeinen Vorteil für uns war. Unsere Regierung hat anders beschlossen und sich damit für den Bund mit unseren alten Feinden im Westen entschieden. Wie konnte sie nun aber glauben, sich nicht gebunden zu haben und einen weiteren Bund mit dem großen Feind des seit Eduard VII. von England geführten Westens, mit Rußland, schließen zu können?

Entweder Westbund oder Ostbund oder kein Bund nach Ost und West. Aber ein Bund mit Westen und Osten zugleich?

Durch den Vertragsschluß mit Rußland verweisen Stresemann und Luther, daß sie jedoch der absoluten Neutralität, der Nichtfeindschaft Locarnos gegen Rußland nicht trauen und sich gegen die russenfeindliche Richtung Locarnos sichern zu müssen glaubten. Die Entente aber beweist uns durch ihre ganze Behandlung der Besatzungsfrage, der Luftfahrtfrage, der deutschen Abrüstung und eigenen Nichtabrüstung, durch die französischen Militärverträge usw. usw., daß sie nur nicht traut. Wo nimmt da unsere Regierung den Optimismus, das selige Vertrauen her, unsere Gegner würden nun, nach dem deutschen Vertragsschluß mit Rußland, von ihren russenfeindlichen Plänen ablassen und uns das Vertrauen schenken, daß der Vertrag niemals eine gegen England und gegen Frankreich und seine Vasallen gekehrte feindselige Richtung bekommen könne? Oder glaubt sie trotz allem, was rings um uns geschieht, besonders trotz der Spannung im Mittelmeer, Balkan und Orient, wirklich allen Ernstes daran, die Welt habe sich gewandelt, ein neuer Geist des Friedens sei eingezogen, und die Entente werde in den Russenvertrag nicht die Gefahren, sondern nur den Fortschritt zum Frieden durch Annäherung Rußlands an den Westen unter deutscher Vermittelung sehen?

Hoffen wir, daß die Regierung mit ihrem

über alle Tatsachen hinweggehenden Himmelstürmeroptimismus

Recht behalten möge, und daß ihr in Bestätigung des Bibelwortes, daß der Glaube Berge versetzen kann, das Wunder gelingt, die Entente zu wirklichen Friedenswillen zu bekehren. Aber wenn das geschieht und dieser Russenvertrag wirklich zum Segen für uns und ganz Europa ausschlägt, so wie er gemeint ist, dann wollen wir vor diesem Wunder demütig bekennen, daß es nicht politische Voraussicht und Verdienst, sondern unvorhersehbare und unfaßbare Fügung eines gnädigen Schicksals war.

Von diesem Vertrag, der Locarno und den Osten vereinen und über alle erbitterste Feindschaft der Welt den Friedensbogen spannen will, kann keine politische Voraussicht, sondern nur tiefster ethischer und geradezu religiöser Glaube an den Sieg des Guten in der Welt Segen für uns und für Europa erhoffen.

Dr. H. Elze.

Kampf und Hunger in Kalkutta.

In Kalkutta (Britisch-Indien) wurden gestern fünf Mohammedaner und ein Inder erstochen. Zwei Personen, die vorgestern verwundet worden waren, sind gestorben. Alle Läden des indischen Geschäftsviertels sind geschlossen. 58 Personen, meist Mohammedaner, wurden verhaftet.

*

Aus Kalkutta (Britisch-Indien) wird gemeldet: In sämtlichen Teilen der Stadt finden blutige Zusammenstöße zwischen den Anhängern der religiösen Parteien und der Polizei statt. Die Zahl der Verwundeten ist bereits so groß, daß sämtliche Krankenhäuser überfüllt sind und Schulen zur Unterbringung der Verletzten herangezogen werden mußten. Falls es nicht gelingen sollte, die Unruhen in allernächster Zeit niederzuschlagen, scheint der Ausbruch einer Hungersnot unabwendbar, da bereits seit mehreren Tagen die Läden geschlossen sind und die Nahrungsmittelzufuhr in die Stadt infolge der allgemeinen Unsicherheit äußerst unregelmäßig ist. Infolge der erneuten Verschlechterung der Lage ist nunmehr auch der gesamte Schiffsverkehr lahmgelegt worden. Besonders in hiesigen Geschäftskreisen beurteilt man die Lage äußerst ernst und fordert dringend eine Verstärkung der Polizeitruppen sowie Heranziehung von Militär. Verschiedene großen Firmen haben sich genötigt gesehen, gegen hohes Entgelt Europäer in ihren Dienst aufzunehmen, um durch deren Anwesenheit wenigstens einigermaßen ihr Eigentum zu sichern und den Pöbel von Plünderungen abzuhalten.

Klein-Paris in Marokko.

Reiseeindrücke von Max Ringelmann-Halle.

Auf einer kürzlich abgeschlossenen Weltreise kam ich auch nach Fez, dem Herzen Marokkos, wo ich fast 14 Tage meinen Aufenthalt nahm, abgesehen von kleineren Exkursionen in die Umgebung, teils auf dem Kamelrücken oder mit den großen Route-Omnibussen, die in Marokko als unentbehrliches Verkehrsmittel gelten und eine schnelle und sichere Verbindung bieten zwischen der Hauptstadt und den entferntesten Gegenden Nordafrikas.

Fez liegt in einem Talkessel, umgeben von tischen und ökonomischen Lebens im Sultanat und Protektorat von Marokko. Mit seiner ehrwürdigen Geschichte, seiner intensiv tätigen und wohlhabenden Bevölkerung, seiner Lage in einer äußerst fruchtbaren Gegend ist diese schon seit langer Zeit für den hervorragenden und wohlberatenen Abd el Krim das Ziel seiner Wünsche. Hier kreuzen sich alle Karawanenwege, die das Land durchziehen vom Mittelländischen Meer bis zum Atlantischen Ozean, von Tunis und Algier nach Rabat, nach dem Atlasgebirge und der Sahara.

Fez liegt in einem Talkessel, umgeben von fruchtbaren, olivenbewachsenen Höhen, von wo aus sich vor dem Beschauer das weitgestreckte Panorama der weißen Stadt ausbreitet, die in Wirklichkeit aus drei selbständigen Städten besteht. „Fez el Bali" ist die älteste und eine ausgeprägt maurische Stadt. Dann „Fez Djedid", in der das alte große jüdische Quartier „Mellahen" liegt. Als drittes Glied „Die neue Stadt", die von den Franzosen im Jahre 1912 angelegt wurde und noch im Werden begriffen ist. In dem Viertel, welches das alte Stadtor Port Bab Lamer am Ende der Hauptstraße des Judenviertels abschließt, pulsiert das tägliche Leben und Treiben am stärksten.

Durch die schmale Toröffnung von Bab Lamer ergießt unausgesetzt ein Strom von Menschen der verschiedensten Typen, die Nordafrika beherbergt. Da kommen Trupps von großen dürren Senegal-Schützen einhergeschlendert; hellblonde Legionäre vom nordischen Stamm der Fremdenlegion, eingeborene Soldaten von Algier, Tunis und Marokko, junge französische Soldaten von Regimentern, die nur vorübergehend nach Marokko abkommandiert sind. Alle diese Soldaten sind ein Glied in dem komplizierten, militärischen Apparat, den die französische Heeresleitung geschaffen hat zur Verwendung im Kolonialdienst. Kleine Gruppen alter Juden mit weißen Patriarchen-Bärten, die infolge ihrer Kleidung aus Moses Zeiten aussehen, als hätte man sie eben aus dem alten Testament hervorgeholt, schreiten diskutierend und mit lebhaften Handbewegungen an mir vorbei. Ab und zu preßt sich auch ein eiliger europäischer Geschäftsmann mit seinem Automobil durch diesen Menschenstrom und steuert gewandt durch das schmale Stadttor auf den gleich dahinterliegenden großen offenen „Place du Commerce."

Auf diesem sonnengebackenen, schattenlosen und verstaubten Platze läuft der ganze Verkehr zusammen aus allen Gegenden von Marokko. Ueber das Pflaster rollen Personen- und Lastautos den ganzen Tag hindurch, vorbei an philosophischen Kamelkaravanen, die vom Süden des Landes kommen. Dieser Platz ist auch der Ausgangspunkt und die Endstation für die großen, räumigen Auto-Omnibusse, auf deren Dächern die farbenreichen Bündel der Eingeborenen neben den modernen Kabinen-Koffern der europäischen Reisenden thronen.

Die jungen Mädchen und Männer, die schwerbeladene Maultiere über den Platz treiben, sind von einer eigenen, herben Schönheit. Ab und zu reiten ein paar vornehme Männer vom maurischen Stamm auf stattlichen arabischen Pferden in würdigem Schrittgang vorüber. Ihr funkelnd weißer Burnus bildet einen wohltuenden Gegensatz zu den schmutzigen Lumpen der Araber, die sich in großer Anzahl auf dem Platz herumtreiben. Die beiden maurischen Reiter dort grüßen würdig einen französischen Offizier, der an ihnen vorbeireitet. Aber kein Zug in ihren dunklen, schwarzbärtigen Gesichtern verrät, was ihr Herz birgt an Sympathie oder Antipathie für den Protektor Frankreich.

Der Nordwind saust über die Gipfel der Bäume in den Gärten von Lala Mintas; er wirbelt den Staub des Platzes in die Höhe und trägt ihn in dicken Wolken weiter, hinüber zu der großen offenen Terasse des Hotels „Marocco", das dicht neben Port Bab Lamer liegt, seine Front mit der großen Terrasse dem Menschenstrom zuwendend. Hotel „Marocco" ist das älteste Hotel von Fez. Es prahlt weder mit Reinlichkeit noch mit Luxus, wie das moderne Touristenhotel „Transatlantic" im Stadtteil „Fez el Bali". Aber im Hotel „Marocco" spiegelt sich das ganze Leben des Landes wider. In der kurzen Zeit, in der ich hier wohnte, traf ich eine ganze Galerie der verschiedensten Menschen aller Rassen und Berufe, von denen ich mehr gelernt habe über dieses interessante Land, als mir ein vielmonatiger Aufenthalt im Hotel „Transatlantic" hätte geben können. Wo man nur umgehen ist von den ewig wechselnden und doch immer gleichen Touristenkaravanen von Mister und Miß.

Fez kann sich eines übermäßigen nächtlichen Vergnügungslebens zwar nicht rühmen. Aber wenn die vielen Basare und Läden im maurischen und jüdischen Stadtteil schon längst geschlossen sind, wenn die maurischen Häuser wie stumme Festungen in märchenhafter Mondschein-beleuchtung daliegen und nur ein paar ferne klimpernde Töne und niteauende melancholische Strophen eines arabischen Gesanges durch die nächtliche Stille schallen, dann ist noch Leben und Lärm im „Marocco". Neuyorker- und Pariser Revuen, letzte Schlager- und Jazzmelodien wirbeln durch die weitgeöffneten Fenster des Hotels.

Jede Nacht wird hier getanzt. Mit Hilfe von orientalischen Lampen und exotischen Beleuchtungseffekten erhöht man die „Stimmung". Unter den Gästen sieht man besonders Soldaten, auch viele Offiziere. Von der Hotelleitung sind 12 bis 15 „Künstlerinnen" engagiert, um aufzutreten oder mit den Gästen zu tanzen. Es sind meist junge Kleinbürgertöchter aus Frankreich, die das Schicksal über das Meer gespült hat, wo sie das wenig beneidenswerte Los haben, jede Nacht die Lebensfreude in Fez zu repräsentieren. Eine längere „künstlerische Laufbahn" in ähnlichen Engagements in Marseille, Oran und Casablanca hat ihnen eine gewisse Routine verliehen. Improvisierte Apachentänze, ausgeführt von einem dieser Mädchen und einem Soldaten der Fremdenlegion, sind gern gesehene und oft gewünschte Abwechslungen bei den Gästen.

Und an Gästen ist niemals Mangel. In dem Fez von heute wimmelt es von französischen Truppen, die ihren kurzen Aufenthalt in dieser Stadt dazu benutzen, eine letzte Ausmunterung mitzunehmen. Eine gewisse Galgenhumorstimmung schwebt sichtlich über diesen nächtlichen Festen in Hotel „Marocco", denn wer weiß, wann die Transportautomobile den Soldaten an die Front bringen; wer weiß, wie — und ob — er jemals wieder zurückkehrt. Frankreich kämpft heute in Marokko nicht um ein paar Quadratkilometer Erde, sondern um sein Schicksal in Nordafrika, in Afrika.

Hochschulnachrichten.

Prag. Die außerordentlichen Professoren an der deutschen Technischen Hochschule in Prag Dr. Friedrich Sander (Rechts- und Staatswissenschaften) und Dr. techn. Ernst Siegel (Elektrotechnik II) sind zu ordentlichen Professoren ebenda ernannt worden.

Marburg. Der Privatdozent in der Marburger philosophischen Fakultät Dr. jur. et phil. Johann Mannhardt erhielt die Ernennung zum Direktor des Marburger Instituts für Grenz- und Auslandbeziehungen und einen entsprechenden Lehrauftrag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260429017/fragment/page=0002